

Beschlussempfehlung und Bericht

des Innenausschusses (4. Ausschuss)

- 1. zu dem Antrag der Abgeordneten Wolfgang Bosbach, Dr. Hans-Peter Uhl, Kristina Köhler (Wiesbaden), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Sebastian Edathy, Gabriele Fograscher, Niels Annen, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksache 16/10839 –**

Verbot des Vereins „Heimattreue Deutsche Jugend“ (HDJ) prüfen

- 2. zu dem Antrag der Abgeordneten Christian Ahrendt, Dr. Max Stadler, Gisela Piltz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 16/9819 –**

Verbot des Vereins „Heimattreue Deutsche Jugend“ prüfen

- 3. zu dem Antrag der Abgeordneten Ulla Jelpke, Petra Pau, Wolfgang Neskovic, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 16/10232 –**

Verbot der „Heimattreuen Deutschen Jugend e. V.“ prüfen

- 4. zu dem Antrag der Abgeordneten Monika Lazar, Volker Beck (Köln), Kai Gehring, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 16/9801 –**

Verbot der Nazi-Jugendorganisation „Heimattreue Deutsche Jugend e. V.“ prüfen

A. Problem

Die Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN legen in ihren Anträgen dar, dass der Verein „Heimattreue Deutsche Jugend e. V.“ (HDJ) einen bundesweit organisierten Jugendverband mit nationalistischer Ideologie darstelle, der über eine feste Einbindung in die rechts-extreme Szene verfüge. Zielsetzung der HDJ sei die Heranbildung einer neofaschistischen Elite. Dies erfolge in Form einer ideologischen Einflussnahme auf Kinder und Jugendliche durch die Verbreitung völkischer, rassistischer, nationalistischer und NS-verherrlichender Ansichten im Rahmen vorgeblich unpolitischer Freizeitangebote.

Die Antragsteller zu Nummer 1 begrüßen die aktuellen Verbotsinitiativen sowie die Durchführung eines vereinsrechtlichen Ermittlungsverfahrens mit dem Ziel eines Verbots der HDJ und fordern die Bundesregierung auf, in Zusammenarbeit mit den zuständigen Landesbehörden über die verfassungsfeindlichen Bestrebungen der HDJ aufzuklären.

Mit den Anträgen der Antragsteller zu den Nummern 2 bis 4 soll die Bundesregierung insbesondere aufgefordert werden, die Voraussetzungen eines Vereinsverbots nach dem Vereinsgesetz zu prüfen und bei Vorliegen der Voraussetzungen ein entsprechendes Verbot auszusprechen.

Darüber hinaus fordern die Anträge der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Benehmen mit den zuständigen Landesbehörden darauf hinzuwirken, dass das Uniformverbot gegen die HDJ wirksam durchgesetzt wird.

Die Fraktionen FDP und DIE LINKE. schließlich wollen mit ihren Anträgen erreichen, dass die zuständigen Landesfinanzbehörden zur Nachprüfung des Gemeinnützigkeitsstatus veranlasst und gegebenenfalls zur Aberkennung der Gemeinnützigkeit der HDJ angehalten werden.

B. Lösung

- 1. Annahme des Antrags auf Drucksache 16/10839 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**
- 2. Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/9819 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**
- 3. Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/10232 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**
- 4. Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/9801 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

C. Alternativen

Annahme der Anträge auf Drucksachen 16/9819, 16/10232 respektive 16/9801.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

1. den Antrag auf Drucksache 16/10839 anzunehmen,
2. den Antrag auf Drucksache 16/9819 abzulehnen,
3. den Antrag auf Drucksache 16/10232 abzulehnen,
4. den Antrag auf Drucksache 16/9801 abzulehnen.

Berlin, den 12. November 2008

Der Innenausschuss

Sebastian Edathy
Vorsitzender

Kristina Köhler (Wiesbaden)
Berichterstatterin

Gabriele Fograscher
Berichterstatterin

Christian Ahrendt
Berichterstatter

Ulla Jelpke
Berichterstatterin

Monika Lazar
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Kristina Köhler (Wiesbaden), Gabriele Fograscher, Christian Ahrendt, Ulla Jelpke und Monika Lazar

I. Zum Verfahren

1. Überweisung

Der Antrag der Fraktion der FDP auf **Drucksache 16/9819** und der Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf **Drucksache 16/10232** wurden in der 176. Sitzung des Deutschen Bundestages am 18. September 2008 an den Innenausschuss federführend sowie an den Rechtsausschuss, den Finanzausschuss und den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zur Mitberatung überwiesen.

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf **Drucksache 16/9801** wurde in der 179. Sitzung des Deutschen Bundestages am 25. September 2008 an den Innenausschuss federführend sowie an den Rechtsausschuss, den Finanzausschuss und den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zur Mitberatung überwiesen.

Der Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD auf **Drucksache 16/10839** wurde in der 186. Sitzung des Deutschen Bundestages am 12. November 2008 an den Innenausschuss federführend sowie an den Rechtsausschuss und den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zur Mitberatung überwiesen.

2. Voten der mitberatenden Ausschüsse

Zu Nummer 1: Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD auf Drucksache 16/10839

Der **Rechtsausschuss** hat in seiner 117. Sitzung am 12. November 2008 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme des Antrags empfohlen.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat in seiner 68. Sitzung am 12. November 2008 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme des Antrags empfohlen.

Zu Nummer 2: Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 16/9819

Der **Rechtsausschuss** hat in seiner 117. Sitzung am 12. November 2008 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags empfohlen.

Der **Finanzausschuss** hat in seiner 101. Sitzung am 15. Oktober 2008 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat in seiner 68. Sitzung am 12. November 2008 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags empfohlen.

Zu Nummer 3: Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf Drucksache 16/10232

Der **Rechtsausschuss** hat in seiner 117. Sitzung am 12. November 2008 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags empfohlen.

Der **Finanzausschuss** hat in seiner 101. Sitzung am 15. Oktober 2008 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat in seiner 68. Sitzung am 12. November 2008 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags empfohlen.

Zu Nummer 4: Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 16/9801

Der **Rechtsausschuss** hat in seiner 117. Sitzung am 12. November 2008 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags empfohlen.

Der **Finanzausschuss** hat in seiner 101. Sitzung am 15. Oktober 2008 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat in seiner 68. Sitzung am 12. November 2008 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags empfohlen.

3. Beratungen im federführenden Ausschuss

Der **Innenausschuss** hat die Anträge auf Drucksachen 16/10839, 16/9819, 16/10232 und 16/9801 in seiner 79. Sitzung am 12. November 2008 abschließend beraten.

Als Ergebnis der Beratungen wurde der Antrag der Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und SPD auf Drucksache 16/10839 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Die Anträge auf Drucksachen 16/9819, 16/10232 und 16/9801 wurden mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

II. Zur Begründung

Die **Koalitionsfraktionen** begrüßen, dass hinsichtlich des Ziels, die HDJ zu verbieten, bei sämtlichen Fraktionen Einigkeit bestehe. Wichtig sei, dass bis zu einem möglichen Verbot der HDJ über deren verfassungsfeindliche Bestrebungen aufgeklärt werde, um weitere jugendgefährdende Aktivitäten des Vereins zu unterbinden. Auch das Uniformverbot müsse mit Hilfe der Polizeibehörden konsequent durchgesetzt werden. Die Anträge der Oppositionsfraktionen seien dagegen insofern zu kritisieren, als dass teilweise zu vorschnell Behauptungen aufgestellt bzw. falsche Schlüsse gezogen würden. So sei bisher nicht eindeutig nachgewiesen, dass es sich bei der HDJ um eine Ersatzorganisation der im Jahr 1994 verbotenen „Wiking Jugend“ handele oder dass die HDJ bereits gegen das Uniformverbot verstoßen habe.

Die **Fraktion der FDP** erklärt, sie befürworte grundsätzlich die Anträge aller Fraktionen, da im Kern weitestgehend Einigkeit bestehe. Allerdings seien die vorgebrachten Beanstandungen der Koalitionsfraktionen bezüglich der Anträge der Opposition wohl eher als Hilfsargumente zur Rechtfertigung der sehr langen Dauer bis zur Vorlage ihres eigenen Antrags zu betrachten. Zudem sei kritisch zu bemerken, dass die Bundesregierung erst aufgrund des hohen öffentlichen Drucks überhaupt damit begonnen habe, die verfassungsfeindlichen Bestrebungen der HDJ zu beobachten und erforderliche Maßnahmen einzuleiten.

Die **Fraktion DIE LINKE.** betont ebenfalls die Einigkeit, die hinsichtlich der Verbotsprüfung bestehe. Zu kritisieren sei jedoch, dass die entsprechenden Beschlüsse nicht bereits vor Monaten gefasst worden seien. Insbesondere seien keine Gründe für die späte Vorlage des Antrags der Koalitionsfraktionen und die damit verbundene Verzögerung ersichtlich, da dieser lediglich den Bericht des Verfassungsschutzes aus dem Jahr 2007 verarbeite, ohne neue Erkenntnisse zu enthalten.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** erklärt, dass sie sich hinsichtlich des Antrages der Koalitionsfraktionen enthalten werde, da dieser einerseits lediglich den Verfassungsschutzbericht zitiere und andererseits die darin enthaltenen Forderungen zu zögerlich formuliert seien. Angesichts der Einigkeit in der Zielrichtung der Anträge sei ein schnelleres Einbringen des Antrages der Koalitionsfraktionen ebenfalls wünschenswert gewesen. Sie kritisiere weiterhin die Vorwürfe des Antrages der Koalitionsfraktionen bezüglich der in den Anträgen der Oppositionsfraktionen nicht nachgewiesenen Nachfolgeschaft der „Wiking Jugend“ und bezüglich des Uniformverbotes als unzutreffend. Im Gegensatz dazu sei sämtlichen Anträgen der Oppositionsfraktionen zuzustimmen. Diese lägen schon seit Monaten vor. Wünschenswert sei, dass bei Vorlage aller Anträge bald Taten aus dem Bundesministerium des Innern folgten.

Berlin, den 12. November 2008

Kristina Köhler (Wiesbaden)
Berichterstatlerin

Gabriele Fograscher
Berichterstatlerin

Christian Ahrendt
Berichterstatler

Ulla Jelpke
Berichterstatlerin

Monika Lazar
Berichterstatlerin

